

An die Parlamentsdirektion
Parlament
1017 Wien

Stellungnahme von *aktion leben österreich* betreffend die Bürgerinitiative „#fairändern Bessere Chancen für Frauen und ihre Kinder“ (54/BI XXVI. GP).

1

Die Stellungnahme bezieht sich auf die Forderung „Offizielle Statistik und anonyme Motivforschung zu Schwangerschaftsabbrüchen in Österreich“.

Die Schwangerenberatung von *aktion leben* leistet seit Jahrzehnten profunde psychosoziale Begleitung schwangerer Frauen und ihrer Partner. Selbstverständlich ist diese professionell und ergebnisoffen. Wir helfen bei finanziellen Problemen, psychischen Krisen, bei sozialrechtlichen Fragen oder Konflikten wegen einer ungeplanten Schwangerschaft. Etwa 1.000 Frauen wenden sich jedes Jahr an uns.

Als Spezialistinnen für Konfliktschwangerschaften und als Organisation, die sich für den Schutz des Lebens einsetzt, werden wir auch immer wieder gefragt, wie wir die Situation der Schwangerschaftsabbrüche in Österreich einschätzen. Wir gehen von einer großen Betroffenheit aus, mehr wissen wir nicht. In Österreich werden keine Daten erhoben. Was wir einschätzen können, ist die Situation der Frauen, die sich an uns wenden. Wir beobachten, dass sich kaum jemand für ihre Problemlagen interessiert. Der Schwangerschaftsabbruch – ein großes Thema für sehr viele Frauen – wird, wenn überhaupt, nur parteipolitisch aufgegriffen und auf Schlagworte reduziert. Wir vermissen gezielte Angebote für schwangere Frauen in schwierigen Lebenslagen und ebenso Präventionsarbeit. Es fehlt der gemeinsame politische Wille, die Zahl der Schwangerschaftsabbrüche reduzieren zu wollen. Das geht eindeutig gegen Fraueninteressen.

Mehr zu wissen über Schwangerschaftsabbrüche würde klare Vorteile für Frauen bringen. Und das ist auch Aufgabe und Funktion der Abbruch-Statistik in anderen Ländern: *„Die Schwangerschaftsabbruchsstatistik liefert einen Überblick über die Schwangerschaftsabbrüche in der Schweiz. Sie lässt Veränderungen im Laufe der Zeit erkennen und gibt Hinweise auf notwendige oder mögliche präventive Maßnahmen“*, so ist die Statistik in der Schweiz begründet.



„Die Angaben geben einen Überblick über die Größenordnung, Struktur und Entwicklung der Schwangerschaftsabbrüche sowie über ausgewählte Lebensumstände der betroffenen Frauen. Damit werden wichtige Informationen im Zusammenhang mit den Hilfen für Schwangere in Konfliktsituationen sowie über Maßnahmen zum Schutz des ungeborenen Lebens zur Verfügung gestellt“, so lautet die offizielle Begründung für das Führen der deutschen Statistik.

2014 initiierten wir die Bürgerinitiative „Fakten helfen!“, mit der wir die Einführung einer anonymen Statistik über Schwangerschaftsabbrüche und die davon unabhängige, regelmäßige wissenschaftliche Erforschung der Motive für Abbrüche fordern. Ausdrücklich weisen wir darauf hin, dass unsere Forderungen die Fristenregelung in keiner Weise berühren. 2020 – nach zweimaligem Regierungswechsel – brachten wir „Fakten helfen!“ neuerlich in das Parlament ein. Die Bürgerinitiative liegt jetzt wieder im Ausschuss für Petitionen und Bürgerinitiativen zur Behandlung auf. Unsere Stellungnahme zu „#fairändern“ bezieht sich auf die gemeinsame Forderung einer anonymen Statistik über Schwangerschaftsabbrüche.

Da wir immer wieder Befürchtungen und unsachliche Einwände hören und lesen, greifen wir diese auf. Es wäre überaus bedauerlich, könnte mehr als 40 Jahre nach Einführung der Fristenregelung noch immer nicht sachlich über das Thema Schwangerschaftsabbruch gesprochen werden.

- 1. Es wird behauptet, eine anonyme Abbruch-Statistik wäre frauenfeindlich.** Der Blick über den Tellerrand zeigt: Die Abbruch-Statistik wird in anderen Ländern als wichtige gesundheits- und frauenpolitische Maßnahme verstanden. Nirgendwo beschränkt sie die Entscheidungsfreiheit von Frauen. Sie ist einfach selbstverständlich, weil sie wichtiges Wissen vermittelt. Die Wirksamkeit von Präventionsmaßnahmen und Hilfen können nur durch die Erhebung von Zahlen auf ihre Wirksamkeit hin überprüft werden. Die Anonymität der Frauen ist gesichert. Es ändert sich für sie nichts. Es werden keine Daten abgefragt, die nicht ohnehin im Anamnesegespräch erhoben werden. Meldepflichtig sind die Ärztin, der Arzt, nicht die betroffene Frau, und diese bleiben anonym, da ihre Daten nur zur Eingangskontrolle (wurde die Statistik korrekt gemeldet) verwendet werden.



- 2. Immer wieder wird geäußert, verlässliche Zahlen gibt es nur dann, wenn Schwangerschaftsabbrüche von der Krankenkasse bezahlt werden.** Ob Abbrüche von der Krankenkasse bezahlt werden, ist eine von der Statistik unabhängige, politische Frage und muss, wenn man das möchte, davon unabhängig betrachtet und diskutiert werden. Abbruch-Statistiken gibt es in vielen Ländern, in denen keine Sozialversicherungsdaten dafür vorhanden sind, zum Beispiel in der Schweiz und in Deutschland. Die Meldung der Daten erfolgt unabhängig davon, gilt als unkompliziert und wenig aufwändig. Sowohl in der Schweiz wie auch in Deutschland werden Webportale mit gesicherten Zugängen dafür verwendet. Die Zahlen werden von den jeweiligen Statistikämtern ausgewertet und regelmäßig veröffentlicht.
- 3. Immer wieder wird behauptet, man brauche keine Zahlen. Man wisse ohnehin schon, was man tun müsse.** Gesundheitspolitik, die sich nicht an Fakten orientiert, läuft in Gefahr, an den Bedürfnissen vorbei zu arbeiten oder nichts zu tun. Derzeit basieren alle Überlegungen zu Schwangerschaftsabbrüchen in Österreich auf Schätzungen und Mutmaßungen und das kann nicht besser sein als über Fakten zu verfügen. Entwicklungen können nicht verfolgt werden. Österreich wird regelmäßig von internationalen Einrichtungen wie der WHO gerügt, weil wir als eines von wenigen Ländern keine Daten haben. Eine solide Datenbasis ist Grundlage für evidenzbasierte Medizin und für sachgerechte Politik.
- 4. Es wird behauptet, es gäbe Hunderte spezialisierte und geförderte Beratungsstellen für schwangere Frauen und ihre Partner in Österreich (Frauenberatungsstellen und Familienberatungsstellen).** Das entspricht nicht der tatsächlichen Situation. Nur eine Handvoll Beratungsstellen ist auf die Beratung schwangerer Frauen spezialisiert und verfügt über besondere Kompetenz in dem Bereich. Viele Frauen kennen die speziellen Beratungsmöglichkeiten auch nicht, da die Bewerbung dafür gering gefördert wird und weder im Mutter-Kind-Pass noch in namhaften Webportalen öffentlicher Stellen darauf hingewiesen wird. Das ist tragisch, da die Frauen in großem Zeitdruck einen Hürdenlauf bewältigen müssen, um doch an die richtige Stelle zu kommen, oder sie finden sie gar nicht.



Zur Eindämmung der Corona-Epidemie werden vor allem von der Opposition Transparenz und Fakten eingefordert. Wir benötigen Zahlen, um daraus Maßnahmen entwickeln und diese auf ihre Wirksamkeit hin überprüfen zu können.

Auch beim Thema Schwangerschaftsabbruch ist Transparenz international selbstverständlich und zeitgemäß. Wir appellieren dringend an die Verantwortlichen, sich an der internationalen Praxis zu orientieren und Sachlichkeit vor Ideologie zu stellen. Die Einführung einer anonymen Abbruch-Statistik sollte allen Politikerinnen und Politikern, die sich für Transparenz und faktenbasiertes Handeln einsetzen, ein Anliegen sein.

4

Dr. Johann Hager

Mag. Martina Kronthaler

Präsident

Generalsekretärin